

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

AFRIKA IM SPANNUNGSFELD DER WELTPOLITIK

In der Weltpolitik fehlt in den letzten Wochen neben dem dramatischen nicht das groteske Element: Ein Premierminister namens *Patrice Lumumba* treibt sein Land mit wilden, maßlosen Manövern in Anarchie und Chaos hinein. Der Regierungschef, halb politischer Agitator, halb Mediziner, wird durch das Staatsoberhaupt *Kasavubu* abgesetzt und durch den Senatspräsidenten *Ileo* abgelöst. Verhaftung und Freilassung des widerspenstigen Premiers folgen. Die Ordnungskräfte der UN sind an einem Tag Beschützer, am andern Bedrucker — je nach Bedarf. Schließlich tritt der dreißigjährige Oberst *Mobutu* in Aktion, setzt den um sich schlagenden Lumumba fest, der nun wieder dank des Schutzes der UN seine Haut rettet. Vielleicht wird sich der geschäftige Mann wieder aus dem Hausarrest herausreden — mit Hilfe seines Schutzpatrons im Kreml und dessen aktiver Helfershelfer. Die offiziellen Botschafter des Ostblocks mußten freilich einstweilen — der Bericht ist am 21. September abgeschlossen worden — auf Anweisung Mobutus das Land verlassen, der nun im Einverständnis mit Kasavubu einen «Rat der Generalkommissare» für die Verwaltung des Landes eingesetzt hat.

Die Rivalitäten und Stammesfehden am Kongo sind jedoch verkleidet in die Institutionen und das Procedere der parlamentarischen Demokratie, und dieser Streit findet im Unterschied zu den Buschkriegen von einst ein *weltweites Echo*. Jede Veränderung in Léopoldville wird in der Weltpresse registriert und kommentiert, und über das Forum der Vereinten Nationen legen sich in riesiger Vergrößerung die Schatten der kongolesischen Tragikomödie. Grund dieser Publizität ist nicht in erster Linie das Interesse am Schicksal Afrikas als eines unterentwickelten Kontinents, über den die modernen Mittel der Massenkommunikation uns nun täglich, ja stündlich informieren. Die Kongokrise ist

von zentraler Bedeutung, weil der auseinandergeborstene Staat in das Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts geraten ist. Moskau unterstützt mit massiver Waffenhilfe Lumumba, verstärkt durch die aktive Infiltration anderer Ostblockstaaten; die freie Welt steht hinter Hammarskjöld und den Hilfsoperationen der UN.

Moskau gegen Hammarskjöld

Nach der Zuspitzung des Konflikts zwischen Lumumba und Tschombé, dem Ministerpräsidenten des Katanga, und der Absetzung Lumumbas durch Kasavubu besetzten die UN-Truppen die Flugplätze und den Radiosender Léopoldville, das Sprachrohr und Machtinstrument Lumumbas. Damit sollte eine kriegsartige Verwicklung verhütet werden. Nachdem aber sowohl Léopoldville wie Elisabethville gegen diese Maßnahmen Protest einlegten, gaben die UN die Flugplätze wie den Radiosender wieder frei. Dagegen war ein Ende-Feuer-Befehl an den Grenzen von Katanga und Kasai von größerer Wirkung; Waffenstillstandszonen sollen künftige Scharmützel und Feldzüge verhüten. Die *Hammarskjöld-Doktrin* besteht darin, das politische Leben soweit zu blockieren, als es in einen Bürgerkrieg auszuarten droht. Moskau setzt jedoch auf die Karte Lumumba, diffamiert jede Beschränkung des inzwischen abgesetzten Premiers als «kolonialistische Aktion» Hammarskjölds und der «Nato-Mächte». Dabei hat der Kreml, der sich als Fürsprecher des afrikanischen Nationalismus aufspielt, wohl bereits gemerkt, daß Lumumba diesen Nationalismus nicht repräsentiert. Der Kongo ist noch in keiner Weise zur Nation integriert; die Stammesstruktur bestimmt die Konflikte. Kwame Nkrumah und Sékou Touré hoffen ihrerseits, analog wie Chruschtschew, über Lumumba ihren Einfluß im Kongo verstärken zu können.

Im *Sicherheitsrat* wie in der Nottagung der UN ging der sowjetische Delegierte *Zorin* zu massiven Angriffen gegen Hammarskjöld über. Gegen eine tunesisch-ceylonische Resolution, die auf dem amerikanischen Antrag beruhte, aber auch sowjetische Wünsche berücksichtigt hatte, legte Moskau das Veto ein. Die *Nottagung der UN*, die nach dieser Blockierung des Sicherheitsrats einberufen wurde, hieß knapp vor Beginn der Generalversammlung eine *Resolution der afrikanisch-asiatischen Staaten* gut. Dies ermöglicht dem Generalsekretär im Sinne der Beschlüsse des Sicherheitsrates die Fortführung der Mission im Kongo; allerdings muß die Zentralregierung bei dieser Aufgabe unterstützt werden. Ein Konsultativkomitee wird Hammarskjöld beigegeben. Moskau erlitt mit seinem Antrag, der auf eine Verurteilung der gesamten Hilfsaktion der UN im Kongo und im besonderen Hammarskjölds hinauslief, eine empfindliche *Niederlage*: die Asiaten und Afrikaner schenken Hammarskjöld weiter ihr Vertrauen.

De Gaulle und der FLN

Der Zerfall der *Mali-Föderation* schafft mit den erhöhten Spannungen zwischen Senegal und dem ehemals französischen Sudan einen neuen Unruheherd in Afrika; der große Konflikt aber, der die französische Afrikapolitik dauernd zu vergiften droht, ist noch immer der *Krieg in Algerien*. Die Hoffnungen auf eine Wendung wurden enttäuscht: *de Gaulles* Pressekonferenz vom 5. September brachte keine neuen Ankündigungen. Seit dem Rückschlag von Melun hat sich die Lage in Algerien erneut versteift. Die Kämpfe und Terrorakte verschärften sich; General Salan, der neuerdings für die «Algérie française» eintritt, ist wegen seiner Stellungnahme für die Ultras von *de Gaulle* gewarnt worden.

Bourguiba hegt Pläne, als Anwalt der algerischen Nationalisten auf der Generalversammlung der UN aufzutreten. Die Fata morgana einer *Algérie tunisienne*, die auf einem Bündnis der tunesischen Regierung und der algerischen Exilregierung basieren würde, trüge zur Internationalisierung des Algerienkonflikts bei. Auch wenn *de Gaulle* den UN

und ihrer Stimme wenig Bedeutung beimißt, könnten die Aktionen des tunesischen Staatshaupts die Aussichten einer französischen Lösung erschweren.

De Gaulle nahm in seiner groß inszenierten Pressekonferenz nicht nur zur Algerienfrage Stellung; er legte öffentlich seine *Pläne für Europa* dar, die auf eine Zusammenarbeit der Vaterländer, nicht auf die Integration des Abendlandes ausgerichtet sind. Selbst die militärische Integration wird dieser nationalstaatlichen Konzeption geopfert. In den westlichen Kapitalen reagierte man auf diese Ankündigungen des Generals skeptisch und enttäuscht; die Pläne mußten, nach Meinung kompetenter Kritiker, zu einer Schwächung der Nato und zu gefährlichen Gruppenbildungen führen.

Anschlag in Amman

Ein schwerer Anschlag in der jordanischen Hauptstadt Amman, dem der *Ministerpräsident Hazza El Majali* zum Opfer fiel, hat blitzartig die bedrohliche Lage im Mittleren Osten erhellt. Die arabische Phalanx gegen Israel, die Feindschaft zwischen Hussein und Nasser, der Machtkampf zwischen Nationalisten und Kommunisten im Irak und die wachsende Spannung in Persien — Konfliktstoff ist zur Genüge vorhanden. Die Spuren des Attentats gegen Majali führen nach Damaskus und deuten somit auf einen Ursprung in der Vereinigten Arabischen Republik hin; der Anschlag liegt in der Linie von *Nassers* *Haßpropaganda* gegen das kleine Jordanien und seinen mutigen König, dem der Mordanschlag gegolten hatte. Die Verschärfung des jordanisch-syrischen Konflikts mit Aufdeckung von Attentatsplänen, mit Truppenaufmarsch an den Grenzen und ersten Scharmützeln scheint nicht auf einen offenen Krieg hinzuführen; er würde einen Vorstoß des gefährdeten Israel auslösen und so für den ganzen Mittleren Osten schwerste Folgen haben.

Rückschlag für Fidel Castro

Die *Außenministerkonferenz* der Organisation der amerikanischen Staaten von Ende August in *San José* (Costa Rica) stand im Zeichen des

Konflikts zwischen Kuba und den USA. Außenminister *Raúl Roa* gab in wilden Attacken gegen *Herter* Beispiele für die in Havana übliche Schmäh- und Lobrethorik. Die Außenminister beschlossen *Sanktionen gegen das Diktaturregime Trujillos* in der Dominikanischen Republik; die Aufdeckung eines geplanten Attentats gegen den venezolanischen Präsidenten Betancourt bot Anlaß zu dieser Maßnahme. Regierung um Regierung Lateinamerikas hat nun die diplomatischen Beziehungen mit Trujillo abgebrochen. Dessen Ausschluß ebnete das Terrain, um in einer Resolution — der *Erklärung von San José* — die Intervention außerkontinentaler Mächte in Amerika zu verbieten. Die Erklärung hat ihre Spitze gegen das *Regime Fidel Castros*, das sich der besonderen Gunst und schützenden Hand Moskaus erfreut. Castro genießt noch immer große Sympathien unter der Intelligenz und den Massen Lateinamerikas; darum operierten viele Außenminister in San José mit großer Vorsicht. Der Prozeß der Isolierung des Regimes auf Kuba ist im Gange, wie auch die Niederlage Raos zeigte, der in den Verhandlungen eine Verurteilung der «aggressiven USA» forderte.

Inzwischen läuft die *Verstaatlichungspolitik* Castros weiter. Die *Tabakindustrie* wurde mit Ausnahme gewisser Kleinbetriebe beschlagnahmt. Bewaffnete Milizen wirkten mit bei der Übernahme der *amerikanischen Banken* in Kuba. Ob das Regime damit den internen Widerstand verstärkt oder die Sympathien, die es dank seiner Agrarreform bei der Landbevölkerung noch besitzt, vergrößert, werden die nächsten Monate zeigen.

Abrüstungsgesänge und Kampfsparolen

Chruschtschew inszenierte seine Fahrt zu den Vereinten Nationen in New York als Friedensstifter; er hofft im Forum der UN, das 13

Staaten Afrikas und Zypern zu neuen Mitgliedern machte, auf gläubige Ohren für seine Abrüstungspropaganda. Wie hohl diese Geste für Entspannung und Verständigung ist, beweist der *erneute Druck auf Berlin*. Der Bürgerkrieg, der aus den Wirren in Laos zu entstehen droht, ist ein weiteres Beispiel. In verschiedenen Stufen haben die Funktionäre Pankows die Berliner Sektorengrenze für Bürger der Bundesrepublik gesperrt. Es handelt sich um die alte «Salami-Taktik»: Scheibe um Scheibe, Stück um Stück soll Westberlin vom freien Westen isoliert werden; alliierte und westdeutsche Behörden, so erwartet man, werden diese schrittweise Unterhöhlung des Viermächtestatus Berlins hinnehmen. Die DDR präsentiert sich in diesen Wochen offensichtlicher denn je als *Diktatur Ulbrichts*: der Parteichef löst den verstorbenen Präsidenten Pieck ab, und zwar als Präsident des Staatsrates, der eine Fassade kollektiver Führung darstellt.

Auf die Schikanen an der Sektorengrenze reagierten die Westalliierten mit einer *Paßsperr*e des «Allied Travel Board», um die Reisen der Funktionäre nach dem Westen zu verhindern. Die Bundesregierung beschloß Maßnahmen, um künftig die Teilnahme an der *Leipziger Messe* zu unterbinden. Wie immer in Wochen erhöhter Spannung ist der *Flüchtlingsstrom* enorm angestiegen: die Bewohner der DDR befürchten, daß ihnen mit einer Sperrung des Berliner Grenzverkehrs die letzte Chance für Flucht und Übersiedlung genommen werde. Was sich in Léopoldville und in den UN auf der Insel Manhattan verhüllt und maskiert gibt, das zeigt im Spannungsfeld Berlin das Gesicht nackter Gewalt — ein politischer Anschauungsunterricht, den man weder am Kongo noch am East River vernachlässigen sollte.

Picus

DIE ZWEITE KRAFTPROBE UM BERLIN

Berlin steht wieder im Rampenlicht der Weltpolitik. Zwar haben die anderen internationalen Krisen, wie die im ehemaligen Belgisch-Kongo oder in den Vereinten Nationen, den klaren Blick für die gefährdete Situation in der einstigen Metropole Deutschlands verdeckt, aber man darf den vom Zaun gebrochenen neuen Konflikt in Berlin nicht aus den Augen verlieren. Chruschtschew hat sicherlich die erwähnten anderen Spannungen dazu ausgenutzt, um den mit Ungeduld auf die Lösung des 1958 ausgestellten Berlin-Wechsels wartenden ostdeutschen Klienten neue Hoffnungen auf die «neutrale Freistadt Westberlin» zu machen. Diese Konflikte sind nicht ganz ohne die Mittäterschaft Moskaus, und zwar in ihrer späteren Entwicklungsphase zu Brennpunkten der Weltpolitik geworden. Auf diese Weise ist eine psychologisch gesehen günstige Lage entstanden, um den Berliner Kessel wieder einzuheizen und dabei nicht allzuviel Aufsehen im Ausland zu erregen. Offenbar rechnet man in Moskau und in Ostberlin damit, daß die Westmächte wegen der Priorität anderer außenpolitischer Ereignisse keine Möglichkeit haben werden, sich noch zusätzlich mit der «kleinen» Berlinkrise ernsthaft auseinanderzusetzen. Das dürfte der maßgebliche Standpunkt gewesen sein, als die Russen sich entschlossen hatten, den ostdeutschen Kommunisten endlich die Erlaubnis für neue Berlinexperimente zu erteilen. Gleich wichtig scheinen bestimmte kausale Zusammenhänge mit der New Yorker Session der Vereinten Nationen zu bestehen. Zu dem Zeitpunkt, in dem diese Zeilen geschrieben werden, sind noch die sowjetischen Pläne für die Sitzung der Vereinten Nationen im einzelnen nicht bekannt. Aber manches deutet darauf hin, daß Chruschtschew und seine Trabanten die Berlinfrage irgendwie mit der Offensive gegen den Westen koppeln wollen. Ob ihm das gelingt, ist eine andere Frage. Auf alle Fälle möchte Moskau die Tribüne der Vereinten Nationen für das Werben um die sogenannte «Freistadt Westberlin» ausnützen. Die Sowjets rechnen offensichtlich damit, daß sie, angesichts des all-

gemeinen Interesses für die anderen brennenden Probleme, ein Nachlassen der Wachsamkeit in der westlichen Welt und eine halbwegs positive Haltung der nicht informierten afro-asiatischen Länder erreichen könnten. Vielleicht besteht auf der russischen Seite die Absicht, das Berliner Problem irgendwie den Kompetenzen der Vereinten Nationen anzuvertrauen, was infolge der im Kongo aufgetretenen Schwierigkeiten und Schwächen dieser Organisation verhängnisvolle Komplikationen nach sich ziehen würde. Solche Vorschläge wurden schon in den vergangenen Zeiten auch von der westlichen Seite diskutiert, aber die letzten Ereignisse in Afrika müßten als eine Warnung vor dem Abgehen von den Verpflichtungen der Westmächte zu Gunsten der Vereinten Nationen gelten.

Der taktische Wandel

Die erste Offensive Moskaus gegen Berlin war durch Drohungen gekennzeichnet, daß die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen werde; nach einer solchen Abmachung würden die Westmächte ihre Sonderrechte einschließlich des freien Zugangs nach und von Berlin verlieren. Der weitere Ablauf des diplomatischen Tauziehens zwischen Ost und West in dieser Frage ist bekannt: die Genfer Außenminister-Konferenz der vier Mächte im Sommer 1959, die politischen Reisen Macmillans und Chruschtschews nach Washington und Paris, das mißglückte Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion im Mai 1960 in Paris. Die ostdeutschen Kommunisten haben zuerst angenommen, daß sie nach dem Scheitern der Pariser Verhandlungen mit einer baldigen Lösung des Berlinproblems rechnen könnten. Chruschtschew hatte jedoch auf dem Rückwege aus der französischen Hauptstadt in einer Rede in Ostberlin diese Hoffnungen brutal zerstört, indem er ein Stillehalten Moskaus für die nächsten sechs bis acht Monate angekündigt hatte. Für die Ulbricht-Partei, die ihre Aktivität auf eine

schnelle Bereinigung der Situation konzentrierte, bedeuteten die Erklärungen Chruschtschews einen harten Schlag. Die kommunistische Führung der SED hatte in der darauffolgenden Zeit allerhand zu tun, um die Symptome der Nervosität, Enttäuschung und des Defaitismus in den eigenen Reihen abzufangen. Nach unbestätigten Meldungen soll der SED-Führer Ulbricht seinen im August mit Chruschtschew in Jalta verbrachten Urlaub dazu ausgenutzt haben, um den Kremlherrscher zur Wiederaufnahme einer neuen Offensive noch vor dem Ablauf der im Mai angekündigten Pause zu überreden. Daß Ulbricht dieses Vorhaben gelang, hat man am 30. August 1960 in Berlin vernommen. An diesem Tage hat das ostdeutsche Innenministerium eine Anordnung verkündet, die einen Schlag gegen die bisher mehr oder weniger korrekt tolerierte Freizügigkeit in dem innerdeutschen Verkehr in und nach Berlin bedeutete. Diese Anordnung lautete:

«Zur Abwehr der sich aus dem vom 1. bis 4. September 1960 in Westberlin stattfindenden Revanchistentreffen für die Deutsche Demokratische Republik ergebenden Gefährdung der Ordnung und Sicherheit des friedlichen Lebens ihrer Bevölkerung wird angeordnet:

1. Bürgern der Deutschen Bundesrepublik ist in der Zeit vom 31. August 1960 — 00.00 Uhr — bis 4. September 1960 — 24.00 Uhr — das Betreten der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin (das demokratische Berlin) nur gestattet, wenn sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung gemäß der Anordnung des Ministers des Innern vom 3. September 1956 (GBG. I, S. 702) sind.

2. Bürger der Deutschen Bundesrepublik, die in der genannten Zeit das Gebiet der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (das demokratische Berlin), ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung betreten, werden nach den Strafgesetzen der Deutschen Demokratischen Republik zur Verantwortung gezogen.»

Das zitierte Dokument ist aus zweierlei Gründen interessant. Die willkürlichen Maßnahmen wurden diesmal nicht gegen die Westmächte gerichtet, sondern sind ausschließlich auf die deutschen Bürger angewendet worden. Sie betrafen auch nicht die Westberliner, sondern die Einwohner der Bundesrepublik. Man hat also zum ersten Male der These eines Sondercharakters Berlins eine praktische Deutung gegeben. Als Vorwand diente dabei der Hinweis auf die verschiedenen Veranstaltungen in Westberlin, welche bereits vor Monaten angekündigt worden waren.

Weitere Maßnahmen der DDR

War der Willkürakt vom 30. August temporär begrenzt, so sind die neuen Schritte, welche am 7. September 1960 verkündet wurden, ohne diesen Prätext verfaßt worden. In dem ersten und wichtigsten Punkt dieser Anordnung des ostdeutschen Innenministeriums wurde erklärt: «Bürger der Deutschen Bundesrepublik haben beim Betreten der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (das demokratische Berlin), an den vorgeschriebenen Kontrollstellen eine Genehmigung vorzulegen.» Auf diese Weise ist der bisher nicht praktizierte Visumszwang auf alle Besucher aus Westdeutschland, die sich nach Ostberlin begeben möchten, ausgedehnt. Wenige Tage später, und zwar am 15. September 1960 hat der ostdeutsche Ministerrat einen neuen Beschluß bekanntgegeben, der die Rechte der Westberliner Bevölkerung beeinträchtigt. Die DDR-Regierung hat angeordnet, daß vom 15. September an die Einwohner Westberlins für Reisen durch die Deutsche Demokratische Republik in andere Länder Visa auf einem Einlageblatt zum Westberliner Personalausweis erhalten werden. Damit wurde der Reisepaß der Bundesrepublik, den die Westberliner bisher für ihre Auslandsreisen auch nach den Ostblockstaaten benutzten und das Durchreisevisum von den DDR-Behörden in diese Pässe vermerkt bekamen, als ein gültiges Dokument aberkannt. Die praktische Bedeutung dieses Schrittes, dem sich die Sowjetunion und die Ostblockstaaten Polen und die Tschecho-

slowakei bereits angeschlossen haben, betrifft nur eine begrenzte Zahl Einwohner Westberlins. Aber wichtig ist die dadurch entstandene neue Rechtslage. Entweder werden alle Westberliner, die die Absicht haben, in die Ostblockstaaten zu fahren, auf ihr Vorhaben verzichten, oder sie werden stillschweigend die neuen Maßnahmen akzeptieren und dadurch Präzedenzfälle entstehen lassen, auf die sich die Sowjetunion und die DDR später berufen können. Man kann sich nämlich vorstellen, daß nach Ablauf einer gewissen Zeit die ostdeutschen Behörden verkünden könnten, daß soundso viele Berliner sich praktisch mit dem Status einer Freistadt durchaus abfinden, indem sie von dem neuen Modus der Durchreisevisa Gebrauch machten.

So ist der ganze Sinn der zweiten Phase der bereits ausgebrochenen Offensive um Berlin nichts anderes als mit Hilfe willkürli-

cher Bestimmungen künstliche Barrieren zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, ferner zwischen Ostberlin und Westberlin zu schaffen, um auf einem solchen Wege den Viermächtestatus dieser Stadt zu durchlöchern. Kennzeichnend für diese zweite Etappe des Ringens um Berlin ist nicht eine massive, den internationalen Frieden bedrohende Aktion, sondern die Methode kleiner, «undramatischer» Einbrüche in das bestehende Rechtssystem. Das ändert nichts an der Gefährlichkeit dieser Methode, weil sie bei den zuständigen Stellen der Alliierten in Bonn keine ausreichende Handhabe für die Anwendung von den als letzte Reserve gehaltenen Gegenmaßnahmen angesehen wird und weil sie dazu bestimmt ist, die öffentliche Meinung der Welt an solche Übergriffe in Berlin zu gewöhnen.

Alexander Korab

DIE ZWANGSKOLLEKTIVIERUNG IN MITTELDEUTSCHLAND — EINE GROSSAKTION DER BARBAREI

Die von der Abteilung für Internationale Angelegenheiten der AFL-CIO (American Federation of Labor — Congress of Industrial Organizations) herausgegebenen *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Washington 6, D. C. 16th St. N. W.) publizierten in ihrer Julinummer unter dem angegebenen Titel einen knappen Auszug der Dokumentation über die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland¹. Die Redaktion der Freigewerkschaftlichen Nachrichten stimmt Bundesminister *Ernst Lemmer* zu, wenn er in seinem Vorwort erklärt: «Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland ist ein Vorgang, dessen Bedeutung über den engen Rahmen der agrarpolitischen Maßnahmen

eines Satelliten-Regimes hinausweist... Die brutale Verletzung der Menschenrechte in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands betrifft die Solidarität aller antikommunistischer Völker der Welt. Die Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch die gewaltsam erzwungene Bolschewisierung weiterer Lebensbereiche in Mitteldeutschland macht die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes auch unseres Volkes noch dringender.»

Einige der von den Freigewerkschaftlichen Nachrichten erwähnten Beispiele seien zur Illustration der barbarischen Praxis der Machthaber der Sowjetzone aufgeführt. Im Frühjahr 1960 setzte das Regime alle verfügbaren Kräfte und Mittel der Propaganda und Agitation, des wirtschaftlichen Drucks und des politischen Terrors ein zur vollständigen Kollektivierung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland. Aus Tausenden von Flüchtlingsaussagen und andern Mitteilungen, aus

¹ Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin.

zahllosen sonstigen Dokumenten und aus der Presse der Sowjetzone ergibt sich ein vollständiges Bild der von den SED-Funktionären angewandten Zwangsmaßnahmen. Der bereits in den Vorjahren ausgeübte wirtschaftliche Druck wurde im Frühjahr 1960 verschärft. So wurde der Einsatz von Maschinen der Maschinen-Traktoren-Stationen bei Einzelbauern rigoros eingeschränkt und diesen die Zulassungspapiere für Traktoren entzogen. Sie durften auch Saat- und Pflanzgut nicht mehr selbständig vermehren und wurden beim Verkauf von Zuchtvieh behindert. Durch unerfüllbare Auflagen wurden die selbständigen Bauern geschwächt und für den «freiwilligen» Eintritt in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) gefügig gemacht. Um die Kollektivierung der Landwirtschaft schnell zu erzwingen, wurde der gesamte Staatsapparat in einem vorher nicht gekannten Umfang mobilisiert. Insbesondere war während der Terrorkampagne im Frühjahr 1960 eine außerordentliche Aktivität der Justizorgane zu verzeichnen. Angesichts dieser Anstrengungen des Regimes kann von Freiwilligkeit nicht im geringsten die Rede sein, wohl aber von Zwang und Unterdrückung. Die Dörfer wurden von Agitationsbrigaden überschwemmt, die das Dorf erst nach dem erfolgreichen Abschluß ihrer Bemühungen wieder verließen. Ihre Aufgabe bestand neben der allgemeinen Agitation und Propaganda für die Kollektivierung vornehmlich im «persönlichen Gespräch» mit den Einzelbauern. Eine Flut von Flugblättern ergoß sich über die mitteldeutsche Landbevölkerung. Sie suchte den Bauern den Eintritt in die LPG schmackhaft zu machen, nannte standhafte Bauern mit Namen und brandmarkte sie als Anhänger einer westlich orientierten Politik. In unzähligen Fällen wurden die Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzen, als «Staatsfeinde» und «Feinde des Friedens» bezeichnet, nach der Formel der Agitatoren «Wer gegen die LPG ist, der ist für den Krieg». Lautsprecherwagen fuh-

ren durch die Dörfer und riefen bis zu zehnmal täglich die Namen derjenigen aus, die es ablehnten, «freiwillig» einer LPG beizutreten. Vielfach wurden die Anwesen widerstrebender Bauern über Nacht von Scheinwerfern angestrahlt.

Aus Flüchtlingsaussagen geht hervor, daß die Werber Tag für Tag die widerstrebenden Leute stundenlang bearbeiteten, bis sie endlich, müde und mürbe, «freiwillig» den Beitritt unterzeichneten. Frauen baten ihre Männer weinend, doch endlich zu unterschreiben, damit sie endlich Ruhe hätten. Den Bauern wurde angedroht, die Werberzahl zu verdoppeln, Lautsprecher vor dem Haus aufzufahren, den elektrischen Strom abzustellen oder den Schornstein zuzumauern. Die im Laufe dieser Kampagne verübten Hausfriedensbrüche gehen in die Tausende. Zahlreiche Bauern wurden auch von Angehörigen der Volkspolizei oder des Staatssicherheitsdienstes zum Bürgermeisteramt abgeführt, wo sie unter Drohungen gezwungen wurden, ihre Unterschrift zu geben. Die brutale Rücksichtslosigkeit der Agitation führte zu einer zerrütteten seelischen Verfassung mit zahllosen Nervenzusammenbrüchen, Selbstmordversuchen und vollzogenen Selbstmorden, aber auch zu vermehrter Flucht der Landbevölkerung in den letzten Monaten. Als Gegenmaßnahme wurden viele Dörfer während der Kampagne von der Außenwelt praktisch abgeriegelt. Auf den Strecken nach Berlin wurden Bahnhöfe und Züge während der Aktion besonders scharf kontrolliert. In vielen Fällen wurden die Bankkonten der Bauern gesperrt, um ihre Flucht unmöglich zu machen. Das Ausmaß der Bauernflucht und die von der SED ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen sind ein weiterer Beweis für die Verlogenheit der kommunistischen Propaganda, die glauben machen will, der Masseneintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sei «auf der Grundlage der Freiwilligkeit» erfolgt.

IN HIS HAND

In His Hand — in Gottes Hand —, so lautete das Thema der *Weltjugendkonferenz der Christlichen Vereine Junger Männer*, die im August in Hilversum (Holland) durchgeführt wurde. Während im Kongo ein Chaos herrscht, treffen sich in Holland im Ausbildungszentrum der Marine 780 Burschen und Mädchen im Alter von 15—19 Jahren aus 47 Ländern der ganzen Welt, um 10 Tage in froher Gemeinschaft bei Bibelarbeit, Diskussionen, Basteln, Sport und Spiel zu verbringen. Kann man bei einer derartigen Vielfalt von Rassen, Sprachen, Religionen, Auffassungen und Sitten, wie wir sie an dieser Konferenz vorfanden, überhaupt einen Bericht geben, der dem Geist der Konferenz und nicht dem eines einzelnen Teilnehmers entspricht? Dies wird sehr schwierig sein, und darum müssen wir vorerst von der

Verschiedenheit

sprechen. Zuerst stechen einem natürlich die hochgewachsenen Neger mit ihren Krausköpfen in die Augen; die Japaner beeindrucken uns mit der sympathischen Feinheit ihrer Gesichtszüge; Schotten mit ihren typischen Röcken versuchen mit Hilfe von Gesten ein Gespräch mit uns Schweizern zu führen und wollen natürlich bald unsere Fähigkeit im Jodeln auf die Probe stellen. Das Bild der Verschiedenheit wird durch die verschiedenen Konfessionen (evangelisch, römisch-katholisch, orthodox) und die Vertreter aus nichtchristlichen Religionen besonders mannigfaltig. Sodann stammen die Teilnehmer aus politisch ganz verschiedenen Verhältnissen, aus Demokratien, aus Monarchien, Diktaturen, aus Kolonien, die noch unter fremder Herrschaft stehen oder die erst vor kurzer Zeit ihre Unabhängigkeit erlangt haben. Wie soll bei dieser Fülle verschiedener Voraussetzungen überhaupt eine Konferenz möglich sein? Wie kann man da über brennende Fragen wie «Krieg und Frieden», «Was ist Autorität» oder «Wir, eine Generation von Halbstarken?» diskutieren? Ja, viele fragten sich, ob unserem Treffen das gleiche Schicksal bestimmt sei wie so vielen internationalen Konferenzen. Aber schon

bei der Eröffnungsveranstaltung merkt man, daß hier ein Geist herrscht, der aus Trennendem eine

Einheit

schaffen kann. Ergreifend tönt der von einer Negerin vorgetragene Negro Spiritual «He's got the Whole World in His Hand» (Gott hält die ganze Welt in seiner Hand). Man wird mitgerissen, man singt mit, aber glaubt man wirklich, daß Gott die Welt noch in seiner Hand hält? Zeigen nicht die heftigen Diskussionen zum Thema «Krieg und Frieden», daß andere Mächte die Welt regieren? Sprechen nicht Haß und Rassendiskriminierung eine deutlichere Sprache? Auch die Taube, die sich jeden Abend in unsern Festsaal verirrt und wie ein Symbol des Friedens über der Konferenz schwebt, vermag uns nicht darüber hinwegzutäuschen, daß unsere Welt von Krieg, von Angst, von Elend, Not und Unsicherheit bestimmt wird. Aber, so fragt ein junger, suchender Neger in einer Diskussionsgruppe, ist das wirklich Friede, wenn kein Krieg mehr ist, sind wir dann wirklich frei, wenn wir keine Kolonialmacht mehr über uns zu anerkennen haben? Gehen Freiheit und Friede nicht viel tiefer? — Damit sind wir bei einer der Hauptfragen der Konferenz angelangt, bei der

Freiheit

Kenner der heutigen Generation wie Nobelpreisträger Pater Pire oder A. Fraser, Kanada, Sekretär für Jugendarbeit im CVJM-Weltbund, zeigen uns in packenden Vorträgen, wie die Jugend heute «freier» geworden ist. Wir Jungen haben mehr Verantwortung, man fragt uns, man hört auf uns, wir können unsere Meinung frei heraus sagen, es stehen uns bereits große Möglichkeiten im Berufsleben offen, wir sind nicht mehr die Kleinen, die noch warten müssen, bis sie etwas zu sagen haben. Pierre François, Direktor der Jugendabteilung der Unesco, spitzt diese Äußerungen über die Jungen zur folgenden Aussage zu: «Wir leben in einer Zeit, in der man anfängt, die Jungen zu fürchten. Sie sind es, die heute die Revolutionen machen,

nicht mehr die Erwachsenen.» Aber sind wir Jungen wirklich frei? Zwängen uns nicht Politiker, Wissenschaftler, ja auch die Schallplattenfabrikanten ihre Meinungen auf und täuschen uns eine Freiheit vor? Ist die Freiheit nicht einer Massenhypnose zum Opfer gefallen? Ein 18jähriger Südamerikaner äußert: «Wir sind Produkte unserer Zeit. Wir spüren, daß alle die Jugend für sich gewinnen wollen. Wir sind nicht frei.» Nur wenige der Teilnehmer teilen nach gründlichem Überlegen die bei uns verbreitete Auffassung, frei sei man dann, wenn man machen könne, was man wolle. Sicher haben zu viele in ihrem eigenen Leben erfahren, daß sie gerade dann nicht frei waren, wenn sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten, weil andere Kräfte, wie zum Beispiel die Triebe, auch ihren Anspruch auf Macht erheben. Da werden wir überleitet zum Verhältnis von

Freiheit und Autorität

Ist nicht das Anerkennen der elterlichen Autorität eine Einengung in der persönlichen Freiheit? Müssen wir uns nicht gerade deshalb gegen jede Autorität auflehnen? Professor Crespy, Montpellier, versucht in einem ausgezeichneten Referat zu zeigen, was Autorität überhaupt ist. Der «Autor» der Autorität versucht seine Entscheidungen ändern Menschen aufzuzwingen, dadurch werden diese in ihrer Freiheit eingeschränkt. Nun möchten gerade die Jungen selbst zu «Autoren», zu Autoritäten werden, weil sie frei sein möchten. In einer Diskussion wird festgestellt, daß es keine absolute Freiheit gäbe, daß aber Gott in Jesus Christus die einzige Autorität sei, die unsere Freiheit nicht einschränke, sondern uns zu freien Menschen mache, weil er uns von der Autorität der Sünde befreie. Hier wird nun von jungen Menschen in Hilversum eine Tatsache neu festgehalten, die schon seit bald 2000 Jahren feststeht, daß wahre Freiheit nur durch die Anerkennung von Jesus Christus als Autorität im persönlichen Leben erlangt werden kann. Daß dadurch nun das Leben einen neuen Sinn bekommt, stellen wir in einer Bibelarbeit über das ewige Leben fest. Ewiges Leben ist auch für junge Menschen keine Utopie oder kein Zukunftstraum, sondern

es wird zur Realität schon in diesem Leben, wenn Gott als höchste Autorität anerkannt wird. Daß die Jugend von 1960 nach einer solch zuverlässigen und freimachenden Autorität sucht, zeigt der Ausspruch eines 16jährigen Negers vor den fast 800 Delegierten: «Die Jugend in Afrika sieht sich heute schweren Problemen gegenüber. Sie hat einen ungeheuren Hunger nach Wissen, aber es sind zu wenig Lehrer da. Sie will Christus kennenlernen, aber es fehlen die Menschen, die von ihm erzählen und deren Leben von ihm bestimmt wird.» Muß uns Europäer dieser Hunger der unterentwickelten, erwachenden Völker nicht zu denken geben? Auch an der Konferenz in Hilversum «hungerten» nicht alle. Viele erweckten eher den Eindruck einer Satttheit oder sogar einer gewissen Interesselosigkeit. Die Einheit in Gott führte auch nicht zu großen Verbrüderungsfeiern, man täuschte sich in keiner Weise über die großen Verschiedenheiten der Auffassungen hinweg, im Gegenteil, diese traten oft fast erschreckend zu Tage, man ließ auch viele Fragen und Probleme unbeantwortet, aber man spürte, daß es heute noch möglich ist, Diskussionen und mutige Auseinandersetzungen zu führen, ohne daß dadurch die Einheit in unserm gemeinsamen Herrn gestört werden muß. Wir haben erfahren, daß Gott die Welt noch immer in seiner Hand hält und daß dies sichtbar wird, wenn wir uns als einzelne Menschen und in Gemeinschaft mit andern seiner Hand anvertrauen. Da alle Lebensbezirke von dieser Kraft des Herrn durchdrungen werden müssen, bot die Konferenz in Hilversum auch genügend Gelegenheit zu vielerlei Sport und Spiel, zu fröhlichem Zeichnen und Basteln, zu Ausflügen und zu ungezwungenem Beisammensein. Besonders positiv waren wohl die persönlichen Kontakte und Gespräche, in welchem sich ganz verschiedene Menschen zu verstehen und zu lieben suchten. Diese hier geknüpften Bande werden für die Verständigung der Völker wohl einen größern Beitrag leisten als die am Schluß der Konferenz herausgegebenen Erklärungen.

Was der Mensch in Gemeinschaft zu leisten vermag, zeigten uns die Deichbauten in der Zuidersee. Hier werden riesige Dämme

gegen die Fluten des Wassers errichtet. Was treibt die Holländer zu solch großartigen Werken? Die

Liebe

Aus Liebe zu ihrem Land, zu ihrer Heimat errichten sie in jahrelanger, harter Arbeit diese Dämme und entreißen so dem Wasser fruchtbaren Boden. Auch wir Jungen wurden an der Konferenz in Hilversum aufgerufen, Dämme zu bauen, damit wir nicht von den Strömungen unserer unruhigen Zeit überflutet werden. Dieser Lebenskampf muß unter der Flagge der Liebe geschehen. Pater Pire rief uns zu: «Liebe ist nicht, wenn zwei Menschen sich wohlgefällig in die Augen blicken, sondern wenn sie gemeinsam in die gleiche Richtung sehen.» Das ist auch das Geheimnis, warum an dieser Weltkonferenz Neger und Weiße, Orthodoxe, Katholiken und Protestanten, trotz ihrer Verschiedenheiten und trotz der großen Spannungen, in Gemeinschaft leben konnten: sie blickten gemeinsam in eine Richtung, sie sahen auf zu Gott und glaubten, daß die Welt noch in seiner Hand ist.

Zum Schluß müssen wir uns vielleicht noch fragen, ob eine solche Weltkonferenz von Jugendlichen überhaupt einen Zweck erfüllen kann. Ist nicht schon die Tatsache,

daß eine solche Konferenz zustandekommt, sehr positiv zu bewerten? Wir glauben nicht, daß durch unser Zusammensein in Hilversum die Welt aus den Angeln gehoben wird — man hat uns Junge vielleicht sogar zu wichtig genommen —, aber wir haben gesehen, daß führende Männer und gerade die Leiter des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer bereit sind, auf uns zu hören, unsere Nöte kennen zu lernen, um uns besser dienen zu können. Wir sind eine Jugend, die mit den Problemen, die uns unsere Zeit aufgibt, heute fertig werden will, wir sind Menschen, die nach einem Ziel für ihr Leben suchen, wir brauchen einen festen Halt, und vor allem brauchen wir mehr denn je Vorbilder, die uns im Lebenskampf vorangehen, die uns verstehen und helfen wollen, und die uns lieben. Wir suchen nach einer zuständigen Autorität, nach einer Autorität, die uns freimacht und nicht unterdrückt. Weil wir Gott als diese Autorität erkannt haben, stellen wir unser Leben in seine Hand, damit die Welt auch unter seine Herrschaft kommt.

In His Hand — in seiner Hand. In wessen Hand steht dein Leben, diese Frage stellen dir junge Menschen von heute.

Thomas Brefin

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftspolitik

Man erlebt auf dem Felde der *internationalen Wirtschaftspolitik* immer wieder Überraschungen. Zunächst konnte im Berichtsquartal von Juni bis August 1960 hinsichtlich der *europäischen Integration* von Fortschritten keine Rede sein. Im Gegenteil: der 1. Juli hatte mit den Zollreduktionen im Gemeinsamen Markt der «Sechs» und in der Kleinen Freihandelszone der «Äußeren Sieben» den Spalt zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken aufzureißen begonnen. Auch der alte Gegensatz zwischen der auf Verständigung erpichten Privatwirtschaft und der an ihrem Standpunkt zäh festhaltenden Politik hatte sich

nicht abgeschliffen. Immerhin verliehen die von Chruschtschew ausgelöste Explosion auf der Pariser Gipfelkonferenz und die durch die Sowjets unentwegt geschürte Verschärfung des Kalten Krieges wenigstens den Europa-Gesprächen und der Beschäftigung mit den Problemen der Integration in der Wirtschaftspresse des Westens einen willkommenen Auftrieb. Ein völlig neues Moment haben nun die Verhandlungen zwischen Adenauer, de Gaulle und Macmillan in Rambouillet und Bonn, denen sich später auch der italienische Ministerpräsident Fanfani beigesellte, in die Historie unseres Kontinents gebracht. Im Augenblick, in dem dieser «Querschnitt» verfaßt wurde, ist es für

eine Beurteilung ihrer Wirkungen auf die Integration noch zu früh, und es hat auch den Anschein, als ob sie in erster Linie von politischen Akzenten getragen sind. Aber, wie auch ihre Resultate ausfallen mögen, ein besänftigender Einfluß auf die feindlichen Kontrahenten in EWG und EFTA wird von ihnen zum mindesten jedenfalls ausstrahlen.

Aus der Fülle des Lesestoffes über die Integration sei hier als besonders bemerkenswert nur das Folgende festgehalten: *Im allgemeinen* soll vermerkt werden, daß der als einer der Initiatoren des Römer Vertrages über den Gemeinsamen Markt schon in früheren «Querschnitten» genannte Baron Snoy et d'Oppuers aus Belgien sich über «den Weg zur Lösung der europäischen Frage» in «Lloyds Bank Review», Nr. 57 vom Juli, vernehmen läßt. «La Suisse Horlogère» unterrichtet ihre Leser in ihren Ausgaben 22, 27 und 28 fortlaufend über neue Entwicklungen in der «europäischen Bewegung». Die Wiener «Industrie» vom 22. 7. geht auf einen Vortrag über «OEEC-Reform und Integration» ein, den der amerikanische Unterstaatssekretär Douglas Dillon während des Monats Juli in Wien gehalten hat. Die «Agrarpolitische Revue» wartet im Heft 10/11 mit interessanten Beiträgen zum Integrationsproblem aus der Feder des Professors Dr. Jürg Niehans, des Direktors im Schweizerischen Bauernverband Ing. agr. René Juri, und des Leiters der Eidgenössischen Getreideverwaltung Ing. agr. H. P. Keller, auf. Professor Dr. Wilhelm Röpke schreibt in der «NZZ» vom 28. 7. (Nr. 206) über «Defekte der Weltwirtschaft». Mit den «ökonomischen Problemen Europas» befaßt sich der Londoner «Statist» am 30. 7. Die «NZZ» widmet am 31. 8. in ihrer Nr. 240 dem von Professor Dr. Hans Bachmann (St. Gallen) in der «Außenwirtschaft», Heft III, entwickelten Plan eines europäischen Präferenz Zoll-Abkommens längere Betrachtungen. — Wieder einmal, jetzt aber mit aller Deutlichkeit, setzt sich der «Economist» am 11. 6. für den Anschluß Englands an die EWG ein; er verfolgt auch am 2. 7. die gleiche Linie, bezweifelt indes am 23. 7., daß eine britische Initiative in Europa bald zu erwarten sei. Im Leitartikel unter dem Titel: «Liegt England in Euro-

pa?» illustriert der Frankfurter «Volkswirt» die Schlüsselstellung Großbritanniens in den Problemen der Integration. Wie «die gemeinsame Handelspolitik der EWG vorbereitet» wird, legt Dr. Willy Zeller (Brüssel) in der «NZZ», Nr. 211/212 vom 2./3. 8., dar. Aus den Außenhandelsziffern, wie sie die «Volkswirtschaft» in der Berichtsperiode wiedergibt, folgert man, daß der Schweizer Export unter der Diskriminierung in der EWG bisher nicht gelitten hat. Recht herb urteilen die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» im Juli über die vom Gemeinsamen Markt eingeschlagene Marschrichtung mit den Worten: «Man sagt Europa und meint gemeinsamen Protektionismus und Abkapselung der Sechs vor weltweitem Wettbewerb.» — Nachdem in der Augustausgabe der «Schweizer Monatshefte» Dr. rer. pol. Gerhard Winterberger die Ablehnung der EWG und den Anschluß der Schweiz an die EFTA aus der schweizerischen Eigenart, wenn auch nicht ohne unnötige Schärfe gegen abweichende Auffassungen, begründet hat, kann es genügen, auf eine Information hinzuweisen, die der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» am 13. 6. über «die Schweiz in der Kleinen Freihandelszone, Erwartungen und Befürchtungen» aus Zürich zugegangen ist. «Finanz und Wirtschaft» ist die zweite ökonomische Zeitschrift der Schweiz (die erste war die in früherem «Querschnitt» zitierte «Schweizerische Wirtschaftszeitung»), die am 22. 7. ihren Zweifel in die Zweckmäßigkeit eines Beitritts der Schweiz zur EFTA zum Ausdruck bringt. Auch der Schweizerische Bankverein stellt in seinem «Bulletin» vom Juli Überlegungen an, ob «die Schweiz in der Integration auf der richtigen Seite steht» (vgl. «Schweizerische Handels-Zeitung», hier abgekürzt in «SHZ», vom 4. 8.). — Seinen Artikel über die Diskussion de Gaulles mit Adenauer in Rambouillet am 29. und 30. 7. versieht der «Economist» mit der fragenden Überschrift: «Ein Gipfel für Europa?», den Besuch Macmillans in Bonn vom 10. und 11. 8. kommentiert er am 13. 8. Am 20. 8. glaubt er, daß das Bonner Rezept für Europa auf der Zuschüttung des Grabens zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken, die in Rambouillet verord-

nete Medizin dagegen auf der Straffung der EWG beruhe. Karl Braun (London) bezeichnet es in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom August als die Aufgabe der Bonner Verhandlungen, die Fundamente für tragfähige Pfeiler zum Brückenschlag zwischen EWG und EFTA zu liefern. Demgegenüber warnt in der Wiener «Industrie» vom 19. 8. deren britischer Korrespondent vor einer Überbewertung der «Achse London-Bonn».

Die im Gange befindliche Reform der OEEC und die rührige Tätigkeit der GATT-Institutionen haben auch jetzt wieder aufmerksame Beachtung in der Wirtschaftspresse gefunden. Bei der OEEC handelt es sich um die Ausdehnung ihres Geltungsgebietes auf die Gebiete der USA und von Kanada sowie um die Erweiterung des Aufgabenkreises durch eine Koordinierung der Entwicklungshilfe; der Name wird verändert in OECD (Organization for Economic Cooperation and Development). Ablauf und Inhalt dieser Neuordnung schildern die «SHZ» vom 2. 6., 14., 21. und 28. 7., die «NZZ», Nr. 203 vom 25. 7., und die Wiener «Industrie» vom 29. 7. Diese letztere Zeitschrift hatte vorher am 15. 7. ebenso wie die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» (abgekürzt «SAZ») am 22. 7. der Vorschläge der europäischen Industrieverbände zum Umbau der OEEC gedacht. — Mit der 16. Tagung der GATT-Signatarstaaten in Genf vom 16. 5. bis zum 4. 6., ihrem Abschluß und den Ergebnissen befassen sich die «Schweizerische Politische Korrespondenz» am 7., die «NZZ» am 8., «La Suisse Horlogère» am 16. und der «Economist» am 18. 6. Die «SHZ» bringt am 28. 7. Zitate aus einer Rede des Staatssekretärs im britischen Handelsministerium, John Rodgers, unter dem Titel: «GATT rückt ins Rampenlicht.»

Die Geschäftslage in internationaler Sicht wird von der «SHZ» mit der Überschrift: «Europa im selbständigen Konjunkturbild» am 16. 6. und von der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» in ihrer Juliausgabe mit dem Titel: «Nie mehr Wirtschaftskrisen?» kritisch beleuchtet. — In Fragen des Kapital- und Geldmarktes beschäftigt sich die «NZZ», Nr. 163 vom 15. 6., mit dem

Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, und die «Basler Nachrichten» kommentieren am 16. 6. einen Vortrag des Generaldirektors im Internationalen Währungsfonds, Per Jacobsson, über «Die monetären Beziehungen zwischen Europa und den USA», der am 13. 6. in Basel gehalten worden ist. Am 7. 7. (Nr. 185) würdigt die «NZZ» den Jahresbericht für 1959 der Europäischen Investitionsbank und am 22. 7. (Nr. 200) den vom Internationalen Währungsfonds verfaßten Überblick über «den Stand der Devisenbewirtschaftung» in der Welt. — Privatdozent Dr. Andreas Miller (Zürich) untersucht in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Juni «das Bevölkerungsproblem in den unterentwickelten Ländern». Der Form, die von der Schweiz der technischen Entwicklungshilfe gegeben werden sollte, widmet Minister Dr. Fritz Real (Zürich) eine von den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» (Nr. 5) wiedergegebene Ausarbeitung. In der «NZZ», Nr. 208 vom 30. 7., findet man genauere Angaben über Höhe und Ziele des «Sonderfonds der USA für Entwicklungshilfe». Schließlich ist das Augustheft der deutschen «Gewerkschaftlichen Monatshefte» in diesem Zusammenhang recht beachtlich; es ist in der Hauptsache den Problemen der Entwicklungsländer gewidmet. — Das Gebiet der Sozialpolitik wird in der Wirtschaftspresse häufiger berührt: So entwickelt das Bankhaus Bär in seinem «Wochenbericht» Nr. 21 inhaltsreiche Gedanken über «die Lohnpolitik im Kreuzfeuer» der Interessenten. Die «Schweizerische Politische Korrespondenz» (SPK) geht anhand des Jahresberichts 1959 aus dem Landesverband freier Schweizer Arbeiter am 7. 6. auf den Zusammenhang zwischen «Sozialpolitik und Kommunismus» ein. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 2. 7. bringt an führender Stelle einen sozialpolitischen Artikel, den sie «Teamarbeit» betitelt. In der «SHZ» vom 30. 6., ebenfalls an der Spitze ihrer Ausgabe, wird die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Haltung gegenüber dem «Idol der Arbeitszeitverkürzung» kritisiert. Aus einer Ansprache von Bundesrat Chaudet vor der in Genf tagenden Arbeitskonferenz am 16. 6.

veröffentlicht die «SAZ» vom 24. 6. in ihrem deutschen Teil einen Auszug: «Arbeitszeitverkürzung — Berufswahlfreiheit.» Am 22. 7. versieht sie die Verringerung der Beschäftigungsdauer bei den Verkehrsunternehmen des Bundes mit der Note: «Unverdaut.» — *Sonst* ist ein Einblick in Nr. 3 der «Revue Economique Franco-Suisse» mit ihren Beiträgen zur Lage der Landwirtschaft für den Leser lohnend. Auch verdient eine Darstellung «der Liberalisierungstendenzen im Welthandel» aus Nr. 207 der «NZZ» vom 29. 7. Beachtung. Statistische Angaben hinsichtlich der wichtigsten ökonomischen Ergebnisse in den Ländern Westeuropas vermittelt der «Economist» am 13. 8. Die handelspolitische Rundschau im «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt vom Juli verschafft einen guten Überblick.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

«Konjunktur ohne Preisauftrieb» nennen die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank im Juni ein Begleitwort zur kommerziellen Situation. Die «NZZ» druckt am 19. 6. (Nr. 167) die Mahnungen der Schweizerischen Nationalbank wegen der Gefahr einer konjunkturellen Übersteigerung ab. Die Kommission für Konjunkturbeobachtung gibt in der «Volkswirtschaft» vom Juli «die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1959» bekannt, deren Überschuß sich auf 758 Mill. Fr. (gegen 960 im Jahre 1958) belief (vgl. dazu auch die «NZZ» vom 29. 8. in Nr. 238). — Zum Zusammenhang zwischen «Außenhandel und Konjunktur» lassen sich die «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im Juni vernehmen. Die «SHZ» unterrichtet in Nr. 25 über die Anpassung des eidgenössischen Zolltarifs an das EFTA-Abkommen und bezeichnet in Nr. 28 die «Sicherung des Exporthandels» als das vordringlichste Anliegen der Arbeitgeberpolitik für 1960. Der «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts setzt in den Nrn. 21 und 22 seine Berichte vom Osthandel der Schweiz fort. — Nationalrat Dr. Hermann Häberlin betitelt in der von ihm redigierten «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 6, den Verlauf, den die Ini-

tiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur *Arbeitszeitverkürzung* bisher genommen hat, einen «wenig verheißungsvollen Start». Die «SAZ» kommt am 8. 7. auf die Ansprache zurück, in der sich der Präsident des Zentralverbandes der schweizerischen Arbeitgeber-Organisationen, A. Dubois, am 28. 6. mit der «Arbeitgeberpolitik 1960» befaßt hatte. — Auf dem Gebiet der *Finanzen und Steuern* erwähnt die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 7. den Schweizer Prospekt für die Aktien der Deutschen Gold- und Silberscheide-Anstalt in Frankfurt und die Aufnahme einer Anleihe in der Schweiz durch die kanadische Provinz Saskatchewan. In der «Stimme der Steuer-Revue» vom Juli drückt als Redaktor Dr. Heinz Schmutz seine Genugtuung darüber aus, daß das von sozialdemokratischer Seite wiederholt prophezeite «Fiasko der Finanzordnung» ausgeblieben ist. Wieder ist es die soeben zitierte «Werkzeitung...», diesmal deren Nr. 7, in der Dr. Häberlin den «gesunden Bundesfinanzen» eine lobende Zensur erteilt. In der «Steuer-Revue» vom August verlohnt es, die Arbeiten von Dr. Werner Altorfer (Zürich) über «Kapitalgewinne und Steuerbelastung» und von Dr. O. E. Imhof (Schönenwerd) über «Steuerkraft und Finanzausgleich» zu verfolgen. Lebhaft wird in der Wirtschaftspresse die jüngste Vereinbarung der Nationalbank mit den wichtigsten Bankenverbänden zur Abwehr des «heißen Geldes» aus dem Ausland besprochen; es sei nur auf die «SHZ» und die «NZZ» (Nr. 227), beide vom 18. 8., verwiesen. Als nachahmenswertes Beispiel wird das Abkommen auch von der Wiener «Industrie» am 26. 8. gelobt. — Dem Düsseldorfer «Industriekurier» vom 26. 7. wird aus Zürich über die Kritik am Schweizer *Kartellgesetz* berichtet. — *Ferner* gehen die «Monatsblätter für freihandelspolitische Wirtschaftspolitik», Nr. 6, ausführlich auf den von den «Schweizer Monatsheften» im Juli 1958 gebrachten Aufsatz von Rudolf Speich über die Gefahren einer allmählichen Verstaatlichung in der Wirtschaft ein. Die «SHZ» vom 23. 6. ergreift die Gelegenheit, sich mit «Theorie und Praxis in der Landwirtschaftspolitik» auseinanderzusetzen. Fürsprecher Dr. Charles Wyniger

(Zürich) kommentiert in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift», Nr. 3, die Verordnung über Haftpflicht und Versicherungen im Straßenverkehr vom 20. 11. 1959. Die Monatsschrift «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung», die vom Verlag Blinkert in Laufenburg veröffentlicht wird, enthält in Nr. 6 die Wiedergabe eines Gesprächs mit Dr. Heinz Schmutz über die Aufgaben der «Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft». Außerdem haben wir empfehlend darauf aufmerksam zu machen, daß von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, im Verein mit dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel, seit Mai 1960 in monatlicher Folge ein «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» erscheint, das über die wichtigsten Vorgänge des ökonomischen Lebens orientiert.

Informationen aus Ländern wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» steht im Juni unter dem Motto Berlin, dessen wirtschaftliche Entwicklung in ihren verschiedenen Formen beleuchtet wird. Im Leitartikel der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 8. entwickelt Dr. Volkmar Muthesius, einer der beiden verantwortlichen Schriftleiter, Ursachen und Folgen des deutschen «Einfuhr-Unterschusses». — In der Wiener «Industrie» vom 24. 6. wird der Leser über «neue französische Wirtschaftspläne» informiert. Die «NZZ», Nr. 215 vom 6. 8., vermittelt Auskunft über «den Stand der französischen Wirtschaft» und über «die Währungsreserven Frankreichs». Am 12. 8. skizziert die Wiener «Industrie» ein «Frankreich zwischen Optimismus» (auf Grund seiner guten Konjunktur) «und Sorge» (vor Stagnation und Inflation). — In *Großbritannien* befaßt sich der «Economist» vom 25. 6. mit der Erhöhung der britischen Bankrate auf 6%, ihren Beweggründen und Folgen. Die «NZZ» charakterisiert in Nr. 173 am gleichen Tage «die Kreditpolitik der Bank von England», am 8. 7. (Nr. 186) «die Aussichten des Pfund Sterling» und lenkt am 24. 7. (Nr. 202) das Augenmerk auf «den Jahresbericht der eng-

lischen Notenbank». Der «Economist» befürwortet am 30. 7. eine Hilfe für den «kleinen Exporteur». Die Aufforderung Macmillans zu erhöhter Ausfuhrfreudigkeit an führende Vertreter der Industrie und des Handels wird von der Wiener «Industrie» am 29. 7. stark beachtet. — Am 7. 7. geht die «NZZ» in Nr. 185 auf die *niederländische* Zahlungsbilanz ein. — Auch diesmal enthalten die «Informationen aus Österreich» in der Berichtsperiode wieder verwertbaren Stoff über die politischen und ökonomischen Ereignisse in unserem Nachbarlande. Die Wiener «Industrie» vom 8. 7. polemisiert gegen Vorwürfe der «Arbeiter-Zeitung» an die Adresse der Vereinigung Österreichischer Industrieller aus Anlaß des EFTA-Inkrafttretens. Endlich geht der «Economist» am 16. 7. auf die Lage Österreichs «zwischen Ost und West» ein. — «Die Konjunkturpolitik Schwedens» bildet das Thema einer Meldung aus Stockholm an die «NZZ», Nr. 219 vom 10. 8.

2. *Aus der außereuropäischen Welt:* Pläne und Ziele einer wirtschaftlichen Integration nach Art des Gemeinsamen Marktes in Südost-Asien werden vom «Economist» am 11. 6., die entsprechenden Vorgänge in Lateinamerika von dem New Yorker Wirtschafts-Magazin «Challenge» im Juni besprochen. — Recht eindrucksvoll ist ein Reisebericht von Professor Dr. Röpke: «Als Nationalökonom in Südamerika», der in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 4. 6. und in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom August erschienen ist.

Über «Änderungen der ägyptischen Devisenbestimmungen» setzt die «NZZ» am 13. 7. in Nr. 191 ihre Leserschaft ins Bild. — Als Sachwalter des in *Argentinien* investierten Schweizer Kapitals beschäftigt sich «Finanz und Wirtschaft» am 7. und 17. 6. sowie am 1. 7. mit dortigen Begebenheiten finanziellen Charakters; ebenso findet man in «La Suisse Horlogère» vom 23. 6. einen Bericht über «Argentinien auf dem Wege der Sanierung». — Über «Brasiliens Zahlungsbilanz» referiert die «NZZ» am 14. 8. in Nr. 223; die «Fortdauer der Inflation» in diesem Lande erörtert sie am 26. 8. (Nr. 235). — Die «Basler National-Zeitung», Nr. 257 vom 7. 6., prüft

die Umstände einer vom *japanischen* Kabinett beschlossenen «Teil-Konvertibilität des Yen»; die «NZZ» befaßt sich in Nr. 154 vom 5. 6. mit dem «japanischen Finanz- und Bankwesen» und in Nr. 176 vom 28. 6. mit der Erleichterung der Kapitaleinfuhr nach Japan. — «Finanz und Wirtschaft» äußert sich am 21. 6. besorgt über den offenbar drohenden Stillstand im «Expansionsboom» *Kanadas*. — Ein in Deutschland bekannter Sachverständiger für Verhältnisse in der östlichen Welt, Klaus Mehnert, macht den Leser in der Stuttgarter Zeitschrift «Osteuropa» vom Juni vertraut mit den sonst wenig geschilderten Problemen des Königreiches *Nepal*.

Wirtschaftsprobleme in den USA

Seinem Zweifel in die Beständigkeit der amerikanischen *Konjunktur* gibt der New Yorker Korrespondent der «NZZ» am 18. 7. (Nr. 196) Ausdruck. — Auf *finanzielle Nachrichten* von drüben (hinsichtlich der Emission von Staatspapieren, Krediterleichterungen und Diskontreduktion) stößt man in den Nrn. 217, 220 und 212 der «NZZ» vom 8., 11. und 13. 8. — Die am Export nach USA Beteiligten werden sich für einen breit angelegten Artikel von Günter Hindrichs (Frankfurt a. M.) über «System und Handhabung der amerikanischen *Außenbandelspolitik* angesichts der Entwicklung der Weltwirtschaft» in Heft 6 des Hamburger «Wirtschaftsdienstes» interessieren. — *Außerdem* enthält das «Börsen-Bulletin» der Schweizerischen Volksbank im August anregende Informationen über die amerikanische Erdölindustrie. Als Niederschlag seiner Eindrücke von einem Studienaufenthalt in den Staaten weist Dr. E. Hofmann (Schaffhausen) von Nr. 27 am 1. 7. bis zu Nrn. 32/33 am 5. 8. der «SAZ» auf «neuere Entwicklungen in der Personalpolitik» amerikanischer Unternehmungen hin.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» warten im Juni mit einer Arbeit von Hans-Georg Glaser über «*Rußlands*

seltsames Steuer- und Preissystem» auf. «Finanz und Wirtschaft» stellt am 24. 6. fest, daß «Sowjetöl an die Weltmärkte drängt». Auch die Stuttgarter Wochenzeitung «Christ und Welt» verweist am 11. 8. mit Besorgnis darauf, daß die Russen «den Welt-Ölmarkt in die Zange genommen» haben. In der «Osteuropa-Wirtschaft», Heft 1, verbreitet sich Dr. Wolfgang Förster über «Leitungsbefugnisse im Sowjetbetrieb». Mit dem Problem des «Weltkommunismus als wirtschaftlichen Gegenspielers» befaßt sich Anatol J. Michailowsky (München) in Heft 7 der Monatsschrift «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung». Die «SHZ» wird am 21. 7. aus New York über «das sowjetische Wirtschaftspotential in amerikanischer Sicht» verständigt. Die «Basler Nachrichten» vom 26. 7. weisen unter Verwendung statistischer Unterlagen darauf hin, daß die Industrieproduktion Rußlands im ersten Halbjahr 1960 weit hinter der Planung zurückgeblieben ist. — Den «landwirtschaftlichen Genossenschaften *Polens*» widmet Dr. agr. Theodor Bergmann (Hannover) seine Feder in Heft 9 der «Agrarpolitischen Revue». Der «Wirtschaftsdienst» aus dem Schweizerischen Ost-Institut unterrichtet am 14. 7. über die «Revision des polnischen Fünfjahresplans» und am 13. 8. über «die neuen *tschechoslowakischen* Wirtschaftspläne».

Dr. Erich Wiener analysiert in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Juni die ökonomische Basis für den sich zuspitzenden «Wettlauf der Wirtschaftssysteme» zwischen den USA und der Sowjetunion. Auf die systematische Erweiterung des Warenaustausches mit Lateinamerika durch die Sowjetsatelliten lenkt die «SHZ» am 23. 6. den Blick. Vom Güterverkehr Österreichs mit der UdSSR handelt ein Bericht im «Wirtschaftsdienst» des Ost-Instituts am 24. 6. Im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juli begegnet man den recht fundierten Abhandlungen «*Ost-West-Handel* als politisches und wirtschaftliches Problem» und «Intensivierung der Koexistenz durch Ausweitung der Handelsbeziehungen.»

(Geschrieben Anfang September 1960)

Hans Posse